

Es informiert Sie	Jochen Baumann
Telefon (0202)	5636748
Fax (0202)	5638436
E-Mail	jochen.baumann@stadt.wuppertal.de
Datum	29.04.16

Niederschrift

über die öffentliche / nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und Betriebsausschuss ESW (SI/1429/16) am 19.04.2016

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Manfred Todtenhausen

von der CDU-Fraktion

Herr Heinrich-Günter Bieringer, Herr Michael-Georg von Wenczowsky, Herr Kurt-Joachim Wolfgang, Frau Barbara Becker Vertreterin für Herrn Ahlmann

von der SPD-Fraktion

Herr Heiko Meins, Herr Detlef-Roderich Roß, Herr Ioannis Stergiopoulos, Herr Lukas Twardowski

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette, Herr Sascha Carsten Schäfner

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Jörg-Henning Schwerdt

von der WfW-Fraktion

Frau Heidrun Leermann

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Wolfgang Twardokus

als sachkundige Einwohner/in

Herr Guido Blass, Herr Uwe Meyer

von der Verwaltung

Herr Martin Bickenbach, Frau Martina Grave Vertreterin für Herrn Siegfried, Frau Anja Hag, Herr Christian Hahnau, Herr Axel Heinemann, Herr Wolfgang Herkenberg, Frau Lisa Milodanovic, Herr Matthias Nocke, Herr Panagiotis Paschalis, Herr Thorsten Wagner, Herr Michael Wolff, Herr Ulrich Zander, Herr Klaus Steinbrink

vom Personalrat

Herr Jörg Beier

Gäste

Herr Lonken (PI Wuppertal)

Schriftführer

Herr Jochen Baumann

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Gregor Ahlmann Vertretung durch Frau Barbara Becker

als sachkundige Einwohner/in

Herr Hüseyin Güzel, Herr Günter Schulze, Herr Gernot Krämer

von der Verwaltung

Herr Jochen Siegfried Vertretung durch Frau Grave, Herr Meyer (zeitgleich im Umweltausschuss)

vom Personalrat

Herr Thomas Fischer

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:32 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Sachstandsbericht Messerattacke vor dem Autonomen Zentrum Vorlage: VO/0148/16

Herr Ramette erklärt, den Antrag zu verschieben.

2 Neue Wege für den ruhenden Verkehr, besonders in dicht besiedelten Gebieten Antrag der SPD-Fraktion vom 17.03.2016 Vorlage: VO/0235/16

Herr Schäfner sieht keine Zuständigkeit für den hiesigen Ausschuss.

Herr Meins erläutert die Vorgehensweise der SPD Fraktion, es ginge darum, dass die Verwaltung ein umfassendes Konzept erarbeitet. Dies sei nur möglich, wenn alle beteiligten Leistungseinheiten mit einbezogen würden, insbesondere das Ressort Straßen und Verkehr und das Ordnungsamt im Hinblick auf dort vorliegenden Erfahrungen.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und Betriebsausschusses ESW vom 19.04.2016:

Die Entscheidung erfolgt gemäß Vorlage, der Ausschuss schließt sich dem Beschluss des Verkehrsausschusses an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

3 Vorschlag für einen neuen Reinigungsstandard in den Innenstadtbereichen Vorlage: VO/0295/16

Herr Herkenberg erläutert an Hand der vorliegenden Tischvorlage warum die ESW zwingend ein neues Reinigungskonzept für die Innenstadt erarbeiten muss. Die gängige Trockenreinigung müsse mindestens an einigen zentralen Standorten auf Nassreinigung umgestellt werden. Gerade im Hinblick auf unterschiedlichste Bodenbeläge sei die herkömmliche Reinigung nicht mehr zeitgemäß.

Die Veränderungsnotwendigkeit beruhe insbesondere auf eigenen Erfahrungen, einer Erhebung des Fraunhofer Instituts in den 10 größten deutschen Städten und einem Modellprojekt in einer bayrischen Kleinstadt.

Die Tischvorlage wird als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Herr von Wenczowsky regt an den Bauausschuss bzw. die entsprechenden Leistungseinheiten der Verwaltung im Rahmen der Konzeptionierung einzubeziehen.

Herr Herkenberg stellt Frau Milodanovic als neue Leiterin der Buchhaltung der ESW vor.

4 Umzug des Einwohnermeldeamts ins Rathaus
Vorlage: VO/0224/16

Herr Todtenhausen verweist auf die Notwendigkeit einer Neuausrichtung, dies sei u.a. durch den bereits während der letzten Ausschusssitzung diskutierten Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt – GPA - festgestellt worden.

Herr Ramette sieht ebenfalls die Notwendigkeit des Handelns, zieht für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN andere Schlüsse aus dem GPA Bericht. Die Schlussfolgerung sei vielmehr wieder die dezentralen Bürgerbüros zu stärken um so den Zentralstandort zu entlasten.

Herr Paschalis erläutert für den zuständigen Geschäftsbereich die Notwendigkeit einer Veränderung des Standortes der Einwohnermeldeamtes und begrüßt den vorliegenden Antrag.

Herr Wagner gibt zu bedenken, dass dem GMW bereits zwei Prüfaufträge des VV zur Standortveränderung u.a. der publikumsintensiven Leistungseinheiten Einwohnermeldeamt und Straßenverkehrsamt vorlägen und bearbeitet würden. Das GMW betrachtet Bestrebungen, das Einwohnermeldeamt in das Rathaus Barmen zu verlegen, kritisch. Das Rathaus Barmen (Altbau) muss in den kommenden vier Jahren einer umfassenden Brandschutzsanierung unterzogen werden. Im Zuge dieser Maßnahmen müssen großflächig Leistungseinheiten zumindest temporär verlagert werden. Unter diesen Rahmenbedingungen kann sich Herr Wagner nicht vorstellen, eine weitere publikumsintensive Abteilung im Rathaus Barmen unterzubringen.

Herr von Wenczowsky stellt klar, dass es sich bei der Vorlage nicht um einen Prüfauftrag handelt und die CDU Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnen wird. Vielmehr sei es angezeigt, die Ergebnisse der vorliegenden Prüfaufträge abzuwarten.

Herr Meins schließt sich dieser Argumentation an.

Nach der Diskussion entscheidet Herr Todtenhausen bis zur Vorlage der Prüfergebnisse den Antrag zu vertagen.

5 Kein Platz für Zirkusse mit Wildtieren
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.03.16
Vorlage: VO/0212/16

Herr Meins hält nichts davon, der Bundesratsinitiative vorzugreifen. Herr Todtenhausen hält die jeweilige Prüfung des Veterinäramtes für ausreichend und weist darauf hin, dass wenn eine Haltung nicht tierschutzgerecht ist, das Veterinäramt die Haltung untersagt. Er stellt eine grundsätzliche Ablehnung mit einem Berufsverbot gleich.

Herr Schäfner lässt die geäußerten Bedenken nicht gelten, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN halten es für erforderlich mit dem Antrag ein „moralisches Statement“ zu setzen.

Herr von Wenczowski hält die Kontrolle durch das Bergische Veterinär- und das Ordnungsamt ebenfalls für ausreichend.

Herr Schwerdt schließt sich den Ausführungen des Antrages an.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und Betriebsausschusses ESW vom 19.04.2016:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE

6 Schließung des Tierheims
Vorlage: VO/0227/16

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und Betriebsausschusses ESW vom 19.04.2016:

Die Antwort der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegengenommen.

6.1 Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Schließung des Tierheims
Vorlage: VO/0227/16/1-A

Herr Ramette bemängelt die Antwort, sie sei nicht umfassend, die Thematik würde zu „schmal“ betrachtet.

Herr Wolff erläutert, dass sich die Aufgabe des Ordnungsamtes auf die Versorgung von Fundtieren beschränkt. Die Verwaltung habe nicht die Aufgabe das Thema „Tierheim“ aus gesellschaftspolitischer Sicht zu betrachten.

7 Präsentation "Das BHKG - Was ist neu?"

Herr Zander präsentiert die wesentlichen Änderungen im neuen Brandschutz-, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutzgesetz – BHKG NRW -, das das bisherige Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz – FSHG – zum 01.01.2016 abgelöst hat.

Die Präsentation wird als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Herr Zander ergänzt ferner, dass in den nächsten 2-3 Jahren zwingend ein Katastrophenschutzplan erstellt werden muss. Zunächst müsse allerdings der Rettungsdienstplan novelliert werden, die letzte Aktualisierung datiert aus 2010. Durch die Einrichtung der gemeinsamen Leitstelle seien die Rettungsdienst-einsätze um ca. 30% gestiegen, so dass der Rettungsdienstplan oberste Priorität hat.

Herr Todtenhausen bittet darum, die Hilfsorganisationen bei der Aufstellung des Katastrophenschutzplans zu involvieren. Herr Zander erläutert, dass bereits alle vier Hilfsorganisationen im Katastrophenfall eingebunden seien. Da das THW eine Bundesbehörde ist und weltweit eingesetzt wird, können diese Einsatzkräfte jedoch nicht in standardisierte Schutzplanungen aufgenommen werden. Der Einsatz der THW Kräfte wird situativ beantragt.

Herr von Wenczowsky bittet die Feuerwehr eine Liste der Katastrophenschutz Fahrzeuge zu erstellen, wann diese geliefert wurden und ggf. Neuanschaffungen geplant bzw. zugesagt wurden. Die Übersicht soll der Niederschrift beigefügt werden oder zur nächsten Ausschusssitzung vorgelegt werden.

Herr Schäfner bemängelt generell mangelnde Informationen zum Katastrophenschutz.

Herr Nocke regt an, punktuell Vertreter der Hilfsorganisationen einzuladen. Herr Todtenhausen der kurz darstellt, dass ein ständiger Vertreter im Ausschuss durch den Rat beschlossen werden müsste, nimmt diesen Vorschlag auf.

**8 Qualitätsbericht 2015 der Feuerwehrleitstelle Solingen-Wuppertal
Vorlage: VO/0272/16**

Herr Zander erläutert den vorliegenden Qualitätsbericht, der ein geeignetes Steuerungsinstrument darstellt.

Zum Beispiel musste bisher die bereits erwähnte 30%ige Steigerung im Rettungsdienst ohne personelle Aufstockung aufgefangen werden. Nunmehr haben die Krankenkassen signalisiert, dass eine zusätzliche Stelle durch die Gebührenfinanzierung zusätzlich eingerichtet werden kann, somit kann die Leitstelle zu Hauptzeiten entlastet werden.

In Deutschland gehört die Solinger-Wuppertaler Leitstelle zu den leistungsfähigsten. 2015 konnte ein Telefonreanimierungssystem eingerichtet werden. Die speziell geschulten Mitarbeiter versuchen am Telefon die emotional betroffenen Anrufer dazu bewegen, die zwingend notwendigen Reanimationsmaßnahmen einzuleiten um den Zeitkorridor bis zum Eintreffen der Einsatzkräfte zu überbrücken. Von 70 Vorgängen in 2015 wurden 17 Maßnahmen positiv bestätigt.

Herr Zander berichtet, dass alle Verwaltungsmitarbeiter in Reanimations-techniken geschult werden. In Vorbildfunktion wurden bereits die Mitglieder des Verwaltungsvorstands geschult.

Herr Schäfner thematisiert den hohen Anteil der Anrufe, die keinen Einsatz nach sich ziehen. Herr Zander erklärt, dass die Notrufnummer 112 in vielen Fällen missbräulich genutzt würde, Seelsorge, Auskunft u.a.....

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und Betriebsausschusses ESW vom 19.04.2016:

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

9 Verschiedenes

./.